

AWO stellt Weichen für die kommenden vier Jahre

Unter dem Motto „Kein Millimeter nach rechts“ hat der Bezirksverband Westliches Westfalen der Arbeiterwohlfahrt am vergangenen Samstag, den 26.09., seine Bezirkskonferenz abgehalten. In der Stadthalle kamen versammelt sich 109 Delegierte, um die politischen und personellen Weichen des Bezirksverbandes für die kommenden vier Jahre neu zu stellen. Sie bestätigten den Vorsitzenden Michael Scheffler (Kreisverband Märkischer Kreis) im Amt. Zu seinen Stellvertretern wurden Christian Bugzel, Vorsitzender des Unterbezirks Münsterland-Recklinghausen und Anja Butschkau MdL, Vorsitzende des Unterbezirks Dortmund, gewählt. Aus dem Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems wurden Wolfgang Rickert und als Revisor Marc Herter MdL in den neuen Vorstand gewählt.

Bedingt durch die Corona-Pandemie waren Hygiene- und Abstandsregeln erforderlich. Auch die Zahl der Delegierten wurde präventiv von 299 auf 109 herunterkorrigiert, um das Ansteckungsrisiko so gering wie möglich zu halten.

In seiner Rede betonte der alte und neue Vorsitzende Michael Scheffler noch einmal die Solidarität, die den Verband während der andauernden Krise erreichte: „Als die Seniorenzentren geschlossen wurden, hat es viel Unterstützung von außen gegeben: Ehrenamtliche haben tausende Schutzmasken genäht – eine Initiative an der sich alle Kreisverbände und viele Ortsvereine beteiligt haben.“. Mit Blick auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen und dem Motto „Kein Millimeter nach rechts“ betonte Scheffler auch das schlechte Abschneiden von Rechtspopulisten und rechtsradikalen Splitterparteien bei der Kommunalwahl. Mit Hinblick auf das Verbot von Reichskriegsflaggen im Land Bremen forderte Scheffler ein solches Verbot auch von Innenminister Reul in Nordrhein-Westfalen.

Zu Gast waren Elke Kappen, Bürgermeisterin der Stadt Kamen, Wolfgang Stadler, Vorsitzender des AWO Bundesverbands und Michael Groß, Mitglied des Bundestags und Vorsitzender der AWO Parlamentariergruppe. Nach den Grußworten stimmten die Delegierten über die Anträge ab und legten damit die politischen Positionen des Bezirksverbandes fest.

Alleinerziehende und den offenen Ganzttag stärken

Von der Landesregierung in NRW forderten die Delegierten, mehr auf die Belange von Alleinerziehenden einzugehen. So sollen unter anderem der Abbau von Bürokratie bei der Beantragung von familienbezogenen Unterstützungsleistungen und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Alleinerziehende verbessert werden. Zu einer wesentlichen Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt trägt bei Alleinerziehenden auch die Offene Ganztags Schule bei. Gerade für Grundschulen fordert der Bezirksverband eine bessere Ausstattung und finanzielle Aufstockung, um die OGS mit mehr Plätzen und in gleichbleibender Qualität ausbauen zu können.

Gute Pflege als Hauptaugenmerk

Während der Hochphase der Corona-Krise ist zum wiederholten Mal klar geworden, wie essenziell die Arbeit des Pflegepersonals ist. Die AWO in NRW zahlt ihren Beschäftigten schon lange ein Gehalt nach Tarif. Die Forderungen nach einer flächendeckenden tariflichen Zahlung, besseren Arbeitszeiten und einer Attraktivitätssteigerung des Berufs durch die Politik bekräftigten die Delegierten auf der Konferenz.

Kinder- und Jugendschutz wird konkret

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen hat bei der AWO im westlichen Westfalen oberste Priorität. Als Träger von Kitas, OGS, Jugendtreffpunkten und vielen weiteren Einrichtungen ist die Einführung eines Kinderschutzkonzeptes essenziell. Ein solches Konzept wurde in den vergangenen Jahren erarbeitet und soll nun auch verpflichtend in den einzelnen Einrichtungen umgesetzt werden. Zusätzlich forderten die Delegierten, die Jugendämter weiter und besser zu unterstützen, auch

finanziell.

Kindergrundsicherung einführen

Die Delegierten schlossen sich den Forderungen des Bündnisses Kindergrundsicherung an und unterstützen das Anliegen nach einer einkommensabhängigen Grundsicherung für Kinder. Damit soll dem Trend steigender Kinderarmut in NRW einhaltgeboten werden. „Die AWO spricht sich für eine Kindergrundsicherung aus, die transparent, zielgerichtet und möglichst aus einer Hand ohne Anrechnung auf den Leistungsbezug den Familien zu Gute kommt.“, heißt es im Antrag.

Gründung einer Landesarmutskonferenz in NRW

Gemeinsam mit den AWO Bezirksverbänden Niederrhein, Mittelrhein und Ostwestfalen-Lippe will sich der Bezirksverband Westliches Westfalen in der LAG AWO NRW für die Schaffung einer Landesarmutskonferenz in NRW einsetzen. Grund dafür ist vor allem das immer noch hohe Armutsrisiko in Nordrhein-Westfalen.

Geschlechtergerechtigkeit und Vielfaltsbewusstsein leben

In der Gesellschaft tritt die AWO gegen viele Formen der Ungleichbehandlung ein. Diesen Anspruch will der Verband vorleben und somit ein geschlechtersensibles und diskriminierungsfreies Umfeld, auch im Betrieb, schaffen. Dies solle durch die Schaffung einer sensibleren Unternehmens- und Führungskultur sowie einer transparenten Kommunikation realisiert werden, forderten die Delegierten.